

Jürgen Peters2. Vorsitzender der IG Metall

„Energiewende - Chancen für Umwelt und Arbeitsplätze in Europa“

Rede auf der IG Metall-Tagung "Europäische Energiewende"

Frankfurt am Main, 22. Mai 2001

- Es gilt das gesprochene Wort - Stand: 21. Mai 2001 / 02/GW/Ar/ap

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

I.

Die heutige Tagung hat für unsere Gewerkschaftsarbeit einen bedeutsamen Stellenwert.

Wir wollen und verfolgen eine Strategie für ökologische und soziale Reformen.

Ende letzten Jahres hatten wir zum Auftakt eine Veranstaltung mit dem Titel *"Arbeit und Ökologie"*.

Dort haben wir den Zusammenhang aufgezeigt zwischen ökologischer Erneuerung, Klimaschutz, Arbeitsplätzen und Innovationen.

Dort haben wir die Schlussfolgerung gezogen: Fehlende Innovationen, nicht eingesetzte Technologien bedeuten mehr Arbeitslosigkeit und damit letztlich mehr Armut.

Eine ökologische Erneuerung bedeutet eben keine Gefahren, sondern Chancen für Arbeitsplätze.

Wir haben als Gewerkschaften ein außerordentliches Interesse daran, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit alle Chancen für mehr Beschäftigung auszuloten.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, so kompetente Referenten und Teilnehmer für diese Tagung zu gewinnen. Ich erhoffe mir dadurch neue Impulse für die Energiedebatte.

Häufig wird diese Debatte sehr emotional geführt. Das ist verständlich. Geht es doch um sehr viel.

Oftmals wird aber die Diskussion sehr polemisch geführt.

Deshalb hoffe ich auf kreative Vorschläge, auch um die Diskussion zu versachlichen.

Für uns stellt sich die Frage: Wie kann mit einer innovativen Energiepolitik die Umwelt ökologisch erneuert werden? Wie können damit gleichzeitig neue Arbeitsplätze entstehen?

II.

Schmelzende Eisberge im Polarmeer, die Zunahme von Überschwemmungen, tropischen Stürmen sind Ausdruck und Sinnbilder von Katastrophen biblischen Ausmaßes.

Und das ist keine Science-Fiction. Eine neue Studie der Vereinten Nationen belegt das Ausmaß der Klimakatastrophe.

Die Studie hält jetzt für die nächsten hundert Jahre eine Klimaerwärmung um 5,8 Grad für möglich.

So sieht es mit Klima und Umwelt aus: Es ist bereits fünf nach zwölf, und konsequente Abhilfe ist dringend geboten.

Präsident Bush droht aus dem Kyoto-Protokoll auszusteigen, weil er meint, die Reduzierung von Treibhausgasen schade der amerikanischen Wirtschaft.

Das ist nicht nur verantwortungslos, sondern im höchsten Maße auch unklug.

Auch Präsident Bush muss begreifen: Der Wirtschaft schadet nicht Umweltschutz, sondern unterlassener Umweltschutz.

Auch Präsident Bush muss erkennen: Heute laufen europäische Autos auf dem amerikanischen Markt den einheimischen den Rang ab. Warum wohl?

Weil die europäische Industrie nach dem Ölpreisschock der siebziger Jahre begonnen hat,

verbrauchsreduzierte Motoren zu bauen. Und der Verbraucher reagiert darauf.

Deshalb ist es richtig, auf der bevorstehenden Klimakonferenz in Bonn den Weg der Senkung der CO₂-Reduktion weiter zu gehen.

Aber: Selbst wenn es gelänge, die Senkung der Treibhausgasemissionen um 25 Prozent bis 2005 gegenüber dem Jahr 1990 tatsächlich zu erreichen - es würde nicht ausreichen.

Wir wissen alle: Einsparen ist nicht genug. Wir müssen auch Alternativen zu den fossilen und atomaren Energieträgern aufbauen. Wir müssen nicht nur immer weniger von den „schmutzigen“, wir müssen auch immer mehr von den sauberen Energien zur Anwendung bringen. Wir müssen die schädlichen durch die umweltverträglichen ersetzen.

Eine „saubere“ Energieversorgung ist angesagt. Und sie ist möglich!

Wir wollen die Energiewende. Die Sonne strahlt in zwanzig Minuten soviel Energie auf die Erde, wie die Menschheit in einem ganzen Jahr verbraucht.

Wir müssen unsere Intelligenz darauf konzentrieren, diese kostenlos angebotene Energie zu nutzen.

Eines geht nicht: Sich über Benzinpreise aufzuregen, aber nichts dafür zu tun, die Gratisenergie von Sonne, Wind und Wasser, von Biomasse und Erdwärme zu nutzen.

Andererseits müssen wir uns auch im klaren sein: Die steigenden Ölpreise sind auch die Vorboten der beginnenden Verknappung.

Und die Ökosteuer nimmt richtigerweise diese Preissignale auf und verstärkt sie, um Verbraucher und Hersteller zu einem energie- und umweltbewussten Verhalten anzuregen.

Man darf eben nicht warten, bis es zu spät ist. Allerdings muss die Lenkungswirkung der Ökosteuer wesentlich verstärkt werden. Etwa dadurch, dass sie an den Schadstoffausstoß gekoppelt wird und dass ein Teil des Aufkommens für ökologische Projekte wie etwa ein nachhaltiges Verkehrssystem verwendet wird.

Uns massiv für diesen Umstellungsprozess einzusetzen, sind wir auch und vor allem unseren Kolleginnen und Kollegen in der Energiewirtschaft schuldig.

Sie haben schon die Zeche für die überstürzte, eher ideologisch als sachlich motivierte Liberalisierung des Strommarktes mit ungeheuren Arbeitsplatzverlusten bezahlt. Im Kohlebergbau ist die Anzahl der Arbeitsplätze auf einen Bruchteil zurückgegangen.

Der Atomkonsens legt das Auslaufen der Kernenergie fest, und die Kraft-Wärme-Kopplung ist durch die Milchmädchenrechnungen der Stromkonzerne aufs äußerste gefährdet, die keine Investitionskosten in den Strompreis einrechnen, weil ihre alten Dreckschleudern bereits abgeschrieben sind.

Die Arbeitsplätze in Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sind aufs äußerste gefährdet. Hohe Investitionskosten für moderne KWK-Technologien stehen hier im Wettbewerb zu den abgeschriebenen Anlagen veralteter Kraftwerke und Dreckschleudern.

Wir wissen doch alle, wie solch ein Dumping funktioniert: erst senkt man die Preise, bis die Wettbewerber aus dem Markt gedrängt sind, und dann erhöht man sie wieder. Alles unter dem wohlwollenden Blick des Wettbewerbskommissars in Brüssel.

Dieser wiederum legt merkwürdigerweise immer den Wettbewerb sehr konservativ zu Gunsten der konventionellen - fossilen und atomaren - Energieträger aus.

Ich halte nach wie vor den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung durch ein Quotensystem für den richtigen Weg.

Mindestens aber muss bei den jetzt laufenden Verhandlungen ein ausreichender Zubau an KWK-Anlagen sichergestellt werden, damit das CO²-Minderungsziel erreicht wird.

Es gibt diesen gewaltigen Strukturwandel weg von kurzsichtiger, nur vordergründig wirtschaftlicher, umweltzerstörender Energieerzeugung hin zu einer vorausschauenden, verantwortungsbewussten, intelligenten und dadurch eben nachhaltigen Energiepolitik.

Und da hilft es überhaupt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und nur die alten Arbeitsplätze auf Gedeih und Verderb zu verteidigen. So sehr wir die betroffenen Kolleginnen und Kollegen begreifen: Dieser Weg entpuppt sich ziemlich schnell als Sackgasse ohne Perspektive.

Wir müssen den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in der Kernkraft und Kohleindustrie - oft mit blutendem Herzen - das Ende ihres Energieträgers kommen sehen, Alternativen bieten, und, meine Damen und Herren, die gibt es!

Es gibt heute Alternativen für eine dezentrale Energiewirtschaft, die auf dem Weg über die Brennstoffzelle den schrittweisen Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen öffnet.

Und dies ermöglicht Beschäftigung nicht zuletzt in der Metall- und Elektroindustrie.

Die Beschäftigten bei den Stadtwerken sind dringend auf eine Absicherung ihrer innovativen Energietechnologien angewiesen. Viele von ihnen engagieren sich auch für die regenerativen Energien.

Über die Beschäftigungswirkungen der erneuerbaren Energien werden wir von den Referenten noch einiges hören.

Die Erfahrung hat uns gelehrt: Eine energiepolitische Strategie ist heute im nationalen Rahmen allein nicht mehr denkbar.

Deswegen steht unsere heutige Tagung unter dem Motto "Europäische Energiewende".

Wir müssen den Einflüssen Rechnung tragen, die von der Europäischen Union und aus anderen Ländern auf uns einwirken.

Aber wir können auch unsererseits einen Beitrag zu einer fortschrittlichen Energiepolitik, zur Schaffung einer sauberen Energieversorgung leisten. In Deutschland hat die Windkraft ihr Beschäftigungspotential bewiesen mit jetzt schon mehr als 30 000 Arbeitsplätzen,

und mit der Aktion "Rückenwind", in der die verschiedensten Kräfte, vom Bundesverband Windenergie über den Bauernverband bis zur IG Metall, das Stromeinspeisungsgesetz gegen die Angriffe der Neoliberalen verteidigt und das Erneuerbare-Energiengesetz durchgesetzt haben.

Die Biomasse, die Solarthermie und die Fotovoltaik, auch die Brennstoffzelle als Heizung und im Fahrzeug können auch in der Industrie ein hohes Beschäftigungspotential entwickeln.

Die Windkraft macht deutlich, welche hohen Anforderungen an Qualität und Sicherheit gestellt werden. Anforderungen, die nur mit einem hochqualifizierten und hochmotivierten Stamm von Arbeitnehmern bewältigt werden können, wie wir sie beispielsweise in der Metallindustrie haben.

Fast zehntausend Windkraftanlagen stehen schon in Deutschland, davon ist ein Drittel in den letzten beiden Jahren errichtet worden.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hatte daran maßgeblichen Anteil.

Es macht deutlich, wie sehr ein entschlossen eingesetztes Ordnungsrecht zum technischen und ökologischen Fortschritt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen kann.

Und das Potential ist noch längst nicht ausgeschöpft. Theoretisch kann mit Offshore-Windparks 60 Prozent unseres Stroms erzeugt werden!

Da bieten sich Chancen im Bereich der Werften, wie sie unsere Konversionsarbeitskreise seit Jahrzehnten immer aufgezeigt haben, und die jetzt realisiert werden.

Die Bergbauzulieferer im Ruhrgebiet haben erkannt, dass sie für die Komponenten der Windkraftanlagen, etwa die Getriebe, mit ihrem Know How gefragt sind.

Neue Arbeitsplätze schaffen und einen wirklich substantiellen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten - hier ist es möglich!

III.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Bundesregierung hat in der Energiepolitik keine schlechte Bilanz vorzuweisen.

Die Ökosteuer, das 100 000-Dächer-Programm, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das KWK-Vorschaltgesetz, der Atomkonsens, der Umweltdialog im Bündnis für Arbeit, das Klimaschutzprogramm, das Zukunftsinvestitionsprogramm, die Energiesparverordnung - das alles sind, bei aller berechtigten Kritik im einzelnen, bemerkenswerte Schritte in Richtung einer Energiewende.

Natürlich wissen wir, dass das 100 000-Dächer-Programm viele bürokratische Hürden aufwirft. Man sollte es deshalb aber nicht abschaffen, sondern seine Mängel ausräumen.

Das Klimaschutzprogramm hätte wohl wenig Substanz aufzuweisen, wenn nicht der Umweltdialog das Programm zur energetischen Sanierung im Gebäudebestand auf den Weg gebracht hätte.

Wärmedämmung, neue Fenster, effizientere Heizungen und regenerative Anlagen bringen eine beträchtliche CO₂-Reduzierung.

Aber sie bringen auch einen beträchtlichen Beschäftigungseffekt in Höhe von 200 000 Arbeitsplätzen. Vorausgesetzt, das Programm wird auch tatkräftig realisiert.

Hier haben wir den Beweis erbracht, dass auch Gewerkschaften einen sehr konkreten Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz leisten können, und dies im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, das somit zu Unrecht geschmäht wird, es würde nichts zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten.

Ich begrüße und unterstütze ausdrücklich die Aktion, die der DGB und die Hans Böckler-Stiftung unter dem Namen "initiative-jetzt.de" zur Realisierung dieses Programms der energetischen Sanierung eingeleitet haben.

Denn die dafür bereitgestellten 2 Milliarden Mark werden nur dann abgerufen und eingesetzt, wenn in den Ländern ausreichende Kapazitäten für Beratung und Realisierung vorhanden sind.

Deswegen haben wir das gemeinsam in Angriff genommen. Im Gegensatz dazu hat man bei dem vom Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer, geleiteten Energiedialog den Versuch unternommen, die bestehenden Energieversorgungsstrukturen soweit wie möglich zu zementieren, dabei aber nicht versäumt den Eindruck zu erwecken, als seien auch die Anliegen der Umweltverbände in das Ergebnis eingegangen.

Das trifft jedoch nicht zu: die Umweltverbände sind aus dem Energiedialog ausgeschieden; eine Teilnahme der IG Metall hat der Minister ausdrücklich abgelehnt. Das können und werden wir für die Zukunft nicht mehr hinnehmen.

Eine Gewerkschaft, die so viele und wichtige Bereiche der Energiewirtschaft vertritt, kann aus dem gesellschaftspolitischen Willensbildungsprozess nicht einfach ausgeschlossen werden.

Der Energiedialog ist aus unserer Sicht auch deshalb unbefriedigend verlaufen, weil wirklich wichtige Energiebereiche, wie die erneuerbaren Energien, darin nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden haben.

Ich würde es begrüßen, wenn die Ergebnisse des Energiedialogs nicht als statisch angesehen, sondern fortgeschrieben würden, und zwar unter stärkerer Berücksichtigung der erneuerbaren Energien.

Bei einer Neuaufnahme der Diskussion sind wir zu einer aktiven Beteiligung bereit.

So gibt es manches zu kritisieren und noch vieles zu verbessern, aber ein Anfang ist gemacht.

Dass eine soziale und ökologische Reformstrategie nicht nur notwendig, sondern auch machbar ist, belegt eine umfangreiche Studie "Arbeit und Ökologie" der Hans Böckler-Stiftung.

Sie zeigt in verschiedenen Szenarien auf, wie ökologische, ökonomische und soziale Reformschritte gestaltet werden können.

Wie so etwas konkret und praktisch aussehen kann, belegt das Programm des DGB "Arbeit und Umwelt", an dem wir aktiv mitgearbeitet haben, ebenso wie die Vorschläge der IG Metall "Mit neuen Jobs die Umwelt retten" und "Energiearbeitsplätze der Zukunft".

Der DGB hat 79 konkrete Vorschläge vorgelegt, vom Gewässerschutz über die Luftreinhaltung durch Technologien des sauberen Antriebs bis zur energetischen Sanierung des Altbwohnungsbestandes und zur Weiterentwicklung des Stromeinspeisungsgesetzes.

Wichtige Punkte wurden von der Bundesregierung bereits realisiert, wie die beiden zuletzt genannten; vieles andere bleibt noch zu tun.

IV.

Dass unsere Energiestrategie nicht isoliert bestehen kann, habe ich früher schon ausgeführt.

Wir leben in Deutschland nicht auf einer Insel, sondern sind eingebunden in internationale Zusammenhänge, und dies nicht allein in Europa.

Der größte Teil der Energieträger, ob Gas oder Öl, Kohle oder Uran, wird importiert und belastet unsere Handelsbilanz. Aber nicht nur wir sind abhängig, sondern auch andere Länder, die auf die Funktion von Rohstofflieferanten reduziert werden.

Sie werden in ihrer Entwicklung zum Teil massiv behindert, weil die Industrieländer die Kontrolle über das Öl behalten wollen. Zwei Golfkriege wurden darum schon geführt.

Das gilt vor allem für den arabischen Raum, der für uns als Europäer unser unmittelbarer Nachbar südlich des Mittelmeers ist.

Ob es die Spannungen in Israel und Palästina, in Algerien oder im und um den Irak sind: die Befreiung von dieser Abhängigkeit hätte eine unmittelbare entwicklungs- und friedenspolitische Bedeutung; und der Schlüssel dazu ist wiederum die Wende zu erneuerbaren Energien.

Die Europäische Union hat mit dem Weißbuch Erneuerbare Energien deutlich gemacht, wie stark ihr die Förderung dieser Zukunftsenergien am Herzen liegt.

Auf der anderen Seite wird die Liberalisierung der Energiemärkte ebenfalls von der EU betrieben.

Und allein die Forschung für die Kernenergie soll im Rahmen des sogenannten Europäischen Forschungsraums erneut mit 2,5 Milliarden DM gefördert werden.

Wir können also die europäische Ebene keinesfalls außer Acht lassen. Deshalb haben wir heute Sie als Akteure der nationalen wie europäischen energiepolitischen Szene eingeladen, uns Ihre weitergehenden Vorschläge zu präsentieren.

Wir wollen sie aufgreifen, festhalten und zur Verwirklichung beitragen. In diesem Sinne erhoffe ich mir von der Tagung viele fruchtbare Anregungen.

Ich freue mich, dass so viele engagierte Teilnehmer gekommen sind, um ihre Vorstellungen einzubringen.

Ich begrüße Sie alle aufs herzlichste, besonders aber Herrn Joachim Spangenberg, der es übernommen hat, die Veranstaltung zu moderieren.

Herzlich willkommen! Die Tagung ist eröffnet.